

APROPOS

Von Stefan Grüter

Die Natur spielt verrückt. Man weiss nicht mehr, wann die richtige Zeit ist, etwas zu tun oder zu lassen. Wir tragen zwar alle eine Uhr und wissen haargenau, welche Minute, welche Stunde, welcher Tag und welcher Monat heute ist.



Trotzdem: Mit den im Dezember blühenden Margheriten, kann man im T-Shirt Gartenarbeiten erledigen, und die Skistationen bangen ums Wintergeschäft. Da fragt man sich doch, ob es nicht zu einer Verschiebung der Jahreszeiten gekommen ist.

Die Natur muss notgedrungen aber auch verrückt spielen, weil wir Menschen es so wollen. Am Weihnachtstisch wollen wir Erdbeeren, Kirschen und Trauben und alle Arten von Salaten und Gemüsen, die irgendwo auf der Welt wachsen. Es gibt sie nicht mehr nur einmal jährlich, nämlich dann, wenn Saison ist. Der Mensch hilft nach, damit immer Erdbeeren-Saison ist.

Der heutige Mensch lebt auch nicht mehr in kleinen Zeiträumen, er ist grosszügig geworden. Während lange Jahre die Weihnachtszeit im Herbst und die Faschachtszeit im Advent nichts zu suchen hatten, so bewegt man sich heute in grösseren Zeiträumen. Nach dem Motto «je früher, desto besser» konnte man schon im Oktober Weihnachtsdekorationen in und an Fachmärkten bewundern. Und bereits jetzt, mitten im Advent, wird der geneigte Leser auf Maskenbälle aufmerksam gemacht.

Und weil alles im Leben früher oder später auch in die Politik einfliesst, beginnen die Wahlkampfgeplänkel auch von Mal zu Mal früher. Ein knappes Jahr vor den eidgenössischen Wahlen werden bereits die Messer gewetzt. Man besetzt Themen und will dem Bürger möglichst frühzeitig zeigen, wie sehr man sich doch für ihn einsetzt, auf dass er es am Wahltermin noch weiss.

ABOBESTELLCOUPON

Bitte senden Sie mir folgende Zeitung

- March-Anzeiger
 - Höfner Volksblatt
 - 1 Monat Probeabo kostenlos
 - 12 Monate zu Fr. 202.-
 - 24 Monate zu Fr. 372.-
 - 6 Monate zu Fr. 109.-
- (alle Preise inklusive MwSt)

Name

Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Unterschrift

Datum

Telefon

Bitte senden an:

March-Anzeiger	Höfner Volksblatt
Alpenblickstrasse 26	Verenastrasse 2
8853 Lachen	8832 Wollerau
Tel. 055 451 08 78	Tel. 044 787 03 03
Fax 055 451 08 89	Fax 044 787 03 10

Keine speziellen Richtlinien

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage fest, dass es keine Richtlinien für die Bewilligung von Sonnenkollektoren gibt. Er habe aber das Ziel «Massnahmen für eine langfristige kommunale Energiepolitik auszulösen».

Von David Mynall

Schwyz. – Kantonsrat Andreas Marty wollte auf Grund eines mehrmals abgewiesenen Baugesuchs für die Erstellung von Sonnenkollektoren auf dem Flachdach eines Einfamilienhauses in Ingenbohl wissen, wie es um die Bewilligungspraxis für Sonnenkollektoren im Kanton Schwyz steht – insbesondere, da das Haus ausserhalb eines schützenswerten Ortsbildes stehe.

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort nun fest, dass es in erster Linie Aufgabe der örtlichen Bewilligungsbehörde sei, das Gesuch zu beurteilen. Im vorliegenden Fall sei es um die optimale Integrierung der Anlage in die Dachkonstruktion gegangen. «In solchen Fällen auferlegen sich die kantonalen Stellen bei ortsbildschützerischen Fragen Zurückhaltung», so der Regierungsrat.

Schulung statt Vorschriften

Der Kanton Schwyz kennt zwar keine speziellen Richtlinien zur Beurteilung von Sonnenkollektoreninstallationen im Baubewilligungsverfahren. Anhand der Fachpublikation «Wer hat Angst vor Solaranlagen?» seien aber bereits 1993 spezielle Schulungen für die Baubewilligungsbehörden durchgeführt worden. Zudem bieten die Zentralschweizer Energiefachstellen Kurse zur Förderung einer effizienten Energieanwendung in öffentlichen Gebäuden an.



Die Errichtung von Solaranlagen auf Gebäuden soll gefördert, und Gemeinden dazu anmiert werden, das Label einer Energiestadt zu erwerben. Konkrete Massnahmen seitens des Kantons fehlen aber.

Bild Archiv

«In den vergangenen Jahren zielten die Bestrebungen des Kantons dahin, in den grösseren Gemeinden den Energiestadtlabelprozess zu initiieren», erklärt das Baudepartement des Kantons Schwyz. Dieser Prozess soll die Umsetzung von Massnahmen für eine langfristige kommunale Energiepolitik auslösen. Bis heute verfügt aber lediglich die Gemeinde Schwyz über das Label Energiestadt.

Kanton bleibt passiv
Massnahmen zur Förderung des Energiestadtlabels seitens des Kantons fehlen. «Grundvoraussetzung ist, dass eine Gemeinde Energiestadt werden

will», sagt Regierungsrat Lorenz Bösch. Der Kanton würde Gemeinden, die sich für die nötigen Massnahmen entscheiden, in ihren Bemühungen mit Beratung und durch das Vermitteln von Kontakten unterstützen. Den ersten Schritt zu tun, bleibt aber den Gemeinden überlassen. Der Kanton fördert die Massnahmen zum Einsparen von Energie also nicht aktiv.

Drei Gemeinden sind aktiv
Zurzeit sind die Gemeinden Arth und Rothenthurm dabei, die Voraussetzungen für die Zertifizierung als Energiestadt zu erfüllen. Die Gemeinde Freienbach hat bereits einmal

einen Anlauf zur Zertifizierung genommen, damals aber nicht genügend Punkte erhalten. «Die Gemeinde hat seither weitere Investitionen zur Einsparung von Energie getätigt», sagt der Leiter der Energiefachstelle des Kantons Schwyz, Erich Voser. Die Gemeinde muss sich noch entscheiden, ob ein weiterer Anlauf zur Zertifizierung als Energiestadt gestartet wird. «Die Gemeinde Küssnacht ist zurzeit für eine mögliche Zertifizierung im Gespräch», sagt Beat Voser. Es müsse aber zuerst noch geklärt werden, ob die dazu nötigen Investitionen getätigt werden sollen oder nicht.

Frauenvertretung in Regierung fördern

Der Verein Frauennetz Kanton Schwyz bereitet sich auf die Nationalratswahlen 2007 und die Regierungsratswahlen 2008 vor. In einem Strategiepapier hat er festgehalten, wie er die Frauenvertretung in den politischen Gremien fördern will.

Von Manuela Gili

Schwyz. – «Frauen sind nicht besser – Männer aber auch nicht», sagt Martina Joller, Präsidentin des Vereins Frauennetz Kanton Schwyz. Frauen können jedoch einen anderen Blickwinkel in die Diskussionen in den politischen Gremien einbringen, ist sie überzeugt. Ob die Politik dadurch besser wird, kann sie nicht vorhersagen, «zumindest aber wird sie gerechter» und breiter abgestützt.

Das Frauennetz hat sich zum Ziel gesetzt, dass aus den Wahlen 2007 zwei Schwyzer Nationalrätinnen und aus den Wahlen 2008 eine Schwyzer Regierungsrätin hervorgehen sollen. Um dies zu erreichen, möchte das Frauennetz Politikerinnen im Wahlkampf unterstützen – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. «Wichtig ist einfach, dass sie von uns unterstützt werden möchten und sie das Ziel unseres Vereins, ein ausgewogener Anteil an Frauen und Männern in allen politischen Gremien, mittragen», sagt Martina Joller. Bei Regierungs- und Nationalratswahlen könnte sich das Frauennetz vorstellen, für die Kandidatinnen zum Beispiel mit Leserbriefen, Inseraten und speziellen Veranstaltungen zu werben.

Es braucht Kandidatinnen
Doch zuerst muss es einmal Kandidatinnen geben, und hier sind die Par-



In dieser Männergruppe fehlen die Frauen. Das Frauennetz des Kantons Schwyz möchte das an den nächsten Regierungswahlen ändern.

Bild Archiv

teien gefragt. Als nächste Massnahme wird das Frauennetz deshalb mit den Parteispitzen Kontakt aufnehmen. «Ich glaube, die Parteien schöpfen ihre Möglichkeiten punkto Frauen noch nicht aus», sagt sie. Dabei geht es dem Frauennetz um etwas anderes, als die Parteien mit der blossen Forderung nach mehr Kandidatinnen zu konfrontieren. Der Verein möchte vielmehr in den Parteien den Wunsch wecken, von sich aus Frauen mehr zu fördern. «Wir möchten für die Parteien ein kompetenter Partner sein, um zusammen geeignete Instrumente zur

parteiinternen Frauenförderung zu entwickeln», so Joller.
Ein Weg, der laut der Vereinspräsidentin mehr Frauen in die politischen Gremien bringen würde, führt über Mentorinnen und Mentoren. Sind die Kandidatinnen und Kandidaten einmal gewählt, werden sie oft von den Parteien allein gelassen und müssen sich in ihrem Amt ohne Hilfe abstrampeln – so die Erfahrung des Frauennetzes. Das könne gerade auf Frauen, die perfektionistischer seien, abschreckend wirken. Das Frauennetz würde es daher begrüssen, wenn den

politischen Neulingen in der Anfangszeit eine Mentorin oder ein Mentor zur Seite gestellt würde. Joller ist überzeugt, dass mehr Frauen sich bereit erklären würden, ein Amt zu übernehmen, wenn sie wüssten, dass sie nach der Wahl sozusagen eine «Gotte» oder einen «Götti» haben.
Sind erst einmal mehr Frauen in den politischen Gremien vertreten, wird es laut Joller für die Parteien einfacher sein, weitere Kandidatinnen zu finden. «Viele Frauen wollen nämlich nicht als einzige Frau unter Männern in einem Rat sitzen», sagt sie.